

Anfrage - Nr. StVV - AF 22/2024 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Rassistische Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)

Die rassistisch motivierten Übergriffe, z.B. am Tag der Europawahl in Bremerhaven, haben wieder einmal gezeigt: Rassismus gibt es auch in Bremerhaven nicht nur „am rechten Rand“, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft. Menschen, die als „nicht deutsch“ angesehen werden, nur weil etwa ihre Haut nicht sehr hell ist, sie ein Kopftuch tragen oder nicht akzentfrei Deutsch sprechen, erleben Anfeindung, Demütigung oder gar körperliche Gewalt in ihrem Alltag: am helllichten Tag, in der Öffentlichkeit, im Park, in ihrer Freizeit, zu offiziellen Anlässen, beim Sport, im Ehrenamt. Zuletzt hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes für das Jahr 2023 Rekordwerte an gemeldeten Diskriminierungs-Berichten gemeldet.

Wir fragen daher den Magistrat:

1. An welchen Stellen können Betroffene rassistische Vorfälle, die sie im öffentlichen Raum in Bremerhaven erleben oder beobachten, der Stadt Bremerhaven melden?
2. Wie wird die Bremerhavener Bevölkerung aktuell über diese Meldestellen informiert?
3. Welche Maßnahmen plant der Magistrat, um die Sichtbarkeit und Bekanntheit von Meldestellen für rassistische Vorfälle in der Bremerhavener Bevölkerung zu steigern?
4. Welche Schulungen haben die Personen, die die Meldungen entgegennehmen, erhalten in den Bereichen: Betroffenenengerechtigkeit, struktureller Rassismus, Datenschutz, psychologische und gesellschaftliche Auswirkungen von Rassismus, weiterführende Beratungs- und Unterstützungsangebote (z.B. Rechtsberatung) für Betroffene?
5. Wie werden die Meldungen statistisch erfasst (z.B.: Strafrechtliche Relevanz, Diskriminierungstypen, Alter und Geschlecht der betroffenen Person etc)?
6. Wie viele rassistische Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven seit 2019 sind dem Magistrat bekannt? Bitte differenzieren nach Jahr.
7. Welche Maßnahmen wurden im Zuge der dem Magistrat bekannten Meldungen von rassistischen Vorfällen ergriffen, um Betroffene besser zu schützen?
8. Welche weiteren Handlungsbedarfe sieht der Magistrat, um von Rassismus betroffene Personen in Bremerhaven zukünftig wirksam vor Rassismus zu schützen?
9. Welche Schwerpunkte können aus den bisher bekannten Meldeberichten abgeleitet werden? (z.B. Beleidigungen, rassistische Zuschreibungen von Charaktereigenschaften oder Kompetenzen, rassistisch motivierte Körperverletzungen etc.)
10. Wie bewertet der Magistrat die Sicherheitslage von Menschen, die von Rassismus betroffen sein können, im öffentlichen Raum in Bremerhaven?
11. Wie bewertet der Magistrat den Einfluss des Erstarkens rechter Parteien sowie der zunehmenden rechtsextremen Hetze und der rechtspopulistischen Stimmungsmache

gegen Asylsuchende auf die Sicherheitslage von Personen in Bremerhaven, die aufgrund ihrer äußeren Erscheinung häufig als „nicht deutsch“ angesehen werden?

12. Welche Unterstützung bietet die Stadt Bremerhaven Betroffenen, wenn diese Vorbehalte haben, ihre persönlichen Erfahrungen gegenüber der Polizei oder anderer Meldestellen zu berichten? Bietet die Stadt Bremerhaven etwa eine rassismussensible Meldeverfahrensbegleitung analog der psychologischen Prozessbegleitung bei Gewaltdelikten an?

Elena Schiller
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P